

Jahrestag der Anschläge vom 11. September 2001 - Schäuble: Wir können die Welt nur gemeinsam stabiler bekommen

Interview mit dem Deutschlandradio Kultur am 11.09.2006 (Auszug)

Frage: Welche Gedanken gehen Ihnen ganz persönlich an diesem Jahrestag durch den Kopf?

Antwort: Man denkt natürlich zunächst einmal an den Tag vor fünf Jahren zurück, an dieses völlig Unfassbare, dass man Zuschauer war, wie unglaubliche Anschläge, die man sich so nicht hatte vorstellen können, passiert sind... Das Zweite ist natürlich, dass uns bewusst geworden ist, wie eng die Welt zusammengerückt ist, und wie wir von den Konflikten, den Problemen, den Auseinandersetzungen, dem Hass in allen Teilen der Welt auch betroffen sind... Das Dritte ist, dass man natürlich als Innenminister daran denkt, was man für eine Verantwortung trägt, das Menschenmögliche zu tun, damit solche Anschläge sich nicht wiederholen, auch bei uns nicht stattfinden können. Wir haben ja auch in diesem Sommer genügend Grund zur Sorge gehabt.

Frage: ... Hat der Westen, allen voran die USA, richtig auf die Anschläge reagiert?

Antwort: Wir wissen, dass natürlich vieles in den fünf Jahren nicht besser geworden ist. Deswegen muss man immer neu überlegen, wie man es richtiger machen kann. Ich denke, dass der Ansatz, die Basis der Terroristen mit den Ausbildungslagern in Afghanistan zu zerstören, schon unvermeidlich notwendig gewesen ist. Wir wissen jetzt ..., dass es einen unmittelbaren Zusammenhang zu Irak nicht gegeben hat, sodass die Frage der Beseitigung des Diktators Saddam Hussein sicher in sich eher richtig ist, was aber mit dem Irak-Krieg daraus geworden ist, war von vornherein zweifelhaft. Wir haben auch immer gesagt, unilaterale Entscheidungen ... werden die Welt nicht stabiler machen. Sie sind auch nicht im Interesse der USA. Die Amerikaner spüren es, und wir leiden da auch mit, denn wir sind ja in einer Schicksalsgemeinschaft zusammen. Wir können uns am Scheitern der Amerikaner nicht freuen, sondern wir haben jedes Interesse daran, dass sie erfolgreich sind. Wir können die Welt nur gemeinsam stabiler bekommen.

Frage: ... Es gab darüber hinaus die Gefängnisse im Ausland. Leidet nicht letztlich die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Politik ... (darunter)?

Antwort: Man kann natürlich die Prinzipien des Rechtsstaats, des Völkerrechts nicht verteidigen, indem man sie aufgibt oder auch nur teilweise außer Kraft setzt. Das habe ich beispielsweise persönlich immer von Anfang an gesagt, die Bundeskanzlerin auch immer. Es macht keinen Sinn, das ist auch nicht im Interesse der Amerikaner, dass sie das tun. Natürlich muss man gegen solche Organisationen, wie El Kaida, mit aller Entschiedenheit und mit aller Entschlossenheit vorgehen. Wenn man aber die fundamentalen Rechtsprinzipien außer Kraft setzt, dann wird nichts besser, sondern es wird nur schwieriger. Das haben wir ja auch erlebt.

Frage: ... Offene Gesellschaften mussten auch das Verhältnis von Freiheit und innerer Sicherheit neu austarieren. Haben Sie Verständnis für die Sorge, dass bei uns zu stark in die Grundrechte eines jeden Einzelnen eingegriffen werden könnte?

Antwort: Für die Sorge habe ich immer Verständnis, weil das auch meine Sorge ist und weil

jeder Verantwortliche darauf achten muss, dass das nicht geschieht. Es geschieht aber eben auch nicht. Es gibt nicht einen einzigen Punkt, wo man nach meiner Überzeugung begründet sagen kann, dass in die Grundrechte der Menschen in einer nicht vertretbaren Weise eingegriffen werde. Ich glaube auch nicht an den Widerspruch zwischen Sicherheit und Freiheit. Eine Freiheit, die nicht mit einem hinreichenden Maße an Sicherheit verbunden ist, hat keinen Wert, und eine Sicherheit, wie wir sie in Zeiten der Diktaturen in Deutschland hatten, wo der Staat selbst die Kriminalität begeht, ist auch nicht besser. Deswegen müssen wir das angesichts der Herausforderungen der modernen Welt in der richtigen Weise lösen. Es geht aber immer nur beides zusammen: Freiheit (und) Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit. Das ist nicht ein Gegeneinander. Ich kann nicht erkennen, wo in Deutschland dagegen verstoßen würde.

Frage: ... Auf der anderen Seite betonen Sie, dass die unionsgeführten Länder im Vergleich zu den SPD-geführten im Bereich innere Sicherheit sehr viel besser abschneiden. Besteht da doch nicht die Gefahr, dass dieses Thema in irgendeiner Form auch instrumentalisiert wird?

Antwort: Dass man natürlich im politischen Wettbewerb darum ringt, wer die besseren Lösungen hat, entspricht der Idee der offenen Gesellschaft und des demokratischen Wettbewerbs. Natürlich ist es richtig, dass man die Zahlen (zur) Kriminalitätsbekämpfung in den einzelnen Bundesländern in der Verantwortung der einzelnen Regierungen vergleichen kann. Natürlich kann man sich beispielsweise anschauen, wie der Verfassungsschutz (im) Bund und in den einzelnen Ländern aufgestellt ist und dass alle ihren Anteil dazu beitragen müssen. Wir sind ein föderaler Staat. Ich bin ein überzeugter Anhänger dieses Prinzips. Das heißt aber natürlich auch, dass man dann schon einen Wettbewerb machen muss, um zu sagen, wer es besser macht. Dann kann der, der es schlechter macht, vom anderen lernen.

Frage: Wie groß ist ganz generell die Gefahr, dass bei uns in Deutschland ... Islam und Gewalt gleichgesetzt werden?

Antwort: Das ist auch eine Gefahr. Der muss man entgegenwirken. (Die Gleichsetzung) ist völlig ungerecht. Wir haben rund drei Millionen Muslime, die in Deutschland leben. Die allermeisten sind Teil dieser Gesellschaft. Wir wollen - deswegen mache ich auch diese Islam-Konferenz - alles dafür tun, dass sie sich als Teil dieser Gesellschaft unseres Landes fühlen, dass sie sich auch alle so verhalten. Dazu muss jeder seinen Beitrag leisten. Natürlich ist aber auch wahr, dass die meisten der Täter aus einem übersteigerten, fanatisierten, falschen islamistisch-fundamentalistischen Verhältnis kommen. Deswegen ist es natürlich die Aufgabe gerade auch der Mitbürger muslimischer Religion, das Menschenmögliche zu tun, damit solche Entwicklungen unterbunden werden, dass sie nicht zunehmen, und dort, wo es Hinweise auf mögliche Anschlagsgefahren gibt ..., muss man sie den Sicherheitsbehörden auch geben. Wir dürfen nicht wegschauen, wir müssen alle hinschauen. Nur so können wir eine freiheitliche Gesellschaft auch mit Sicherheit gestalten.